

4. Die Stellung der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Wirtschaft

Im Jahre 1940 machten Löhne und Gehälter 64,1 vH aller persönlichen Einkommen aus. Im Jahrzehnt 1960 bis 1970 erreichte der Anteil der Löhne und Gehälter mit 67,6 vH den Gipfelpunkt (u. a. aus zwei Gründen: 1. Niedergang bei selbständigen Farmern und Händlern, 2. gewerkschaftliche Errungenschaften). 1980 betrug dieser Anteil 62,7 vH, 1983 60,5 vH, im September 1984 war er auf 59,9 vH gefallen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in die Kategorie „Löhne und Gehälter“ in den Statistiken auch die überproportional gestiegenen Gehälter der Führungskräfte eingerechnet werden. Hinzu kommt die Verringerung des Anteils der staatlichen und betrieblichen Sozialleistungen⁵⁴). Diese Entwicklung muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Erwerbsrate der US-Bevölkerung noch nie so hoch war wie heute. 1950 hatte sie 59,2 vH betragen, 1984 lag sie bei 64,4 vH und ist damit auch die höchste unter den vergleichbaren Ländern⁵⁵).

Der Anteil am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt ist für die Lohnabhängigen auf einem historischen Tiefpunkt angekommen. Dies läßt sich auch anders verdeutlichen: Während zwischen 1947 und 1981 die Produktivität aller Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie um 137 vH gestiegen ist, stieg der Reallohn aller Beschäftigten um 33 vH⁵⁶). Dagegen haben die Einkünfte der Unternehmen und aus Aktienbesitz ebenfalls

eine historische Rekordmarke erreicht. Steuersenkungen, umfassende Anreiz- und Subventionspakete⁵⁷) sind die eine Seite; die andere Seite sind die Gewinne insbesondere der großen und multinationalen Unternehmen, deren hohe Liquidität zudem zum vermehrten Rückkauf der eigenen Aktien und zu einer Welle von Fusionen geführt hat. Während die gesamten Unternehmensgewinne (netto, inflationsbereinigt) 1980 91 Mrd.\$ betragen und 1985 auf 233 Mrd.\$ geklettert waren, waren im gleichen Zeitraum die Unternehmenssteuer von 40,1 auf 21,6 vH gefallen⁵⁸).

Es muß deshalb davon gesprochen werden – und dies ist zurückhaltend formuliert –, daß die Strukturveränderungen in den letzten beiden Jahrzehnten nicht nur „die Einkommensstruktur der Nation verschlechtert“⁵⁹), sondern daß sie die abhängig Beschäftigten umfassend ökonomisch, gesellschaftlich, persönlich und kulturell geschwächt haben⁶⁰).

⁵⁴) Perlo, V., US Labor in Crisis, in: People's World 17.11. 1984, S.M. 2.

⁵⁵) Working Class Families, a.a.O., ebenda.

⁵⁶) Labor and New Technology, a.a.O., S. 2.

⁵⁷) Kühn, J., Anmerkungen, a.a.O., S. 399 f.

⁵⁸) Profits, Wages and Jobs, in: Economic Notes, Heft 11-12/1985, S. 3.

⁵⁹) AFL-CIO (Hrsg.), The Future of Work, a.a.O., S. 12.

⁶⁰) Rosenberg, S., Reagan Social Policy, a.a.O., S. 7. Zur allgemeinen Charakterisierung des hier vorliegenden Prozesses „intensiver Rückverteilung“ vgl. Goldberg, J., Leisewitz A., Neue Aspekte im Ausbeutungsmechanismus des Kapitals, in: Marxistische Blätter 3/1986, S. 25 ff.

Armut in Amerika

Von Bernd Greiner*) und Rainer Rilling**)

Gliederung

1. Vorbemerkung
2. Das „zweite“ Amerika
3. Die Feminisierung der Armut
4. Die Verjüngung der Armut
5. Die „zweite Nation“ wird dunkler
6. Verstetigung der Armut
7. Verschlechterung der Lage der Armen
8. Arbeit, Arbeitslosigkeit und Armut
9. Sozialpolitik in den USA
10. Der Ansatzpunkt Reagan'scher Sozialpolitik
11. Staatliche Umverteilungspolitik unter Reagan
12. Die Sparpolitik seit 1981
13. Ausblick

1. Vorbemerkung

Es war ein Amerika des Abstiegs, das seit den 70er Jahren den Aufstieg Ronald Reagans brachte: erstmals produzierte Japan mehr Autos, die USA wurden Schuldnerland, ihre internationale Macht wurde beschnitten, der Überfluß an Land, Ressourcen, Reichtum, Arbeitskräften schwand. Der Gesellschaftsoptimismus der 50er und 60er Jahre zerbrach. Die Mythen des unbegrenzten sozialen Aufstiegs verkehrten sich für Millionen Amerikaner in die Alpträume des Abstiegs in ein zweites Amerika der Armen, das heute – zu einer eigenen Nation zusammengeschlossen – bevölkerungsreicher wäre als die Hälfte der Nationen der Erde.

*) Dr. phil., Lehrbeauftragter an den Universitäten Münster und Oldenburg.

**) Dr. rer. pol. habil., Privatdozent für Soziologie an der Universität Marburg.

2. Das „zweite“ Amerika

Nach Festlegungen der amerikanischen Statistik von 1963 gilt als arm, wessen Einkommen eine bestimmte Höhe nicht überschreitet. Als Armutslinie wird das Dreifache der jährlichen Mindestausgaben eines 4köpfigen Haushalts für Nahrungsmittel angesetzt, womit 1985 ein solcher Haushalt mit einem Jahreseinkommen bis 10 609 \$ als arm gilt. Man sieht diesem auf den ersten Blick hohen Betrag nicht an, daß – umgerechnet – dann jedem Familienmitglied pro Mahlzeit 81 Cents zur Verfügung stehen¹⁾. Er liegt unter dem Existenzminimum. Gleich mehrfach erfaßt die „offizielle“ Armutslinie das Ausmaß der Verelendung und Armut nicht: die Mindestausgabe für Ernährung wurde extrem niedrig – auf Dauer gesundheitsschädlichen Notrationen vergleichbar – angesetzt und die ungleich höhere Belastung der Armenhaushalte durch die Ausgaben für Ernährung wurde nicht berücksichtigt; man ignorierte bei der Anpassung der Armutslinie an die Inflation, daß die Preissteigerungen für Mieten, Strom, Heizung und öffentliche Verkehrsmittel weit überdurchschnittlich waren; endlich sind mindestens 4-8 Mill. der nicht registrierten Amerikaner – häufig illegale Einwanderer – als arm anzusehen; in der Armutsstatistik werden sie jedoch nicht erfaßt. Die offiziell ausgewiesenen Daten zur Armut (Tabelle 1) sind daher bei weitem zu niedrig²⁾.

Tabelle 1

Armutslinie					
Jahr	in vH	in Mill.	Jahr	in vH	in Mill.
1959	22,4	39,5	1978	11,4	24,5
1969	12,2	24,3	1979	11,6	25,3
1970	12,6	25,3	1980	13,0	29,3
1973	11,1	23,0	1981	14,0	31,8
1976	11,8	25,0	1982	15,0	34,4
1977	11,6	24,7	1983	15,2	35,3
			1984	14,4	33,7

Quelle: Social Security Bulletin, Annual Statistical Supplement, 1984-1985, Washington 1985, S. 71.

In den 60er und 70er Jahren sind rund 14 Mill. Amerikaner aus der Gruppe der Armen ausgeschieden – sicherlich auch ein Ergebnis der staatlichen Sozialpolitik, der Kämpfe der Bewegungen der Armen selbst, der Arbeiter- und Bürgerrechtsbewegung und der Bemühungen der Organisationen der Wohlfahrt. Hier zeigen sich aber auch die wirtschaftliche Expansion dieser Jahre und die Abwanderung der armen, fast ausschließlich schwarzen Bevölkerungsteile aus dem ländlichen Süden in den industrialisierten Norden. Zu Beginn dieses Jahrzehnts lebten jedoch immer noch zwei von fünf armen Amerikanern auf dem Land bzw. im Süden der USA. In der Stagnation bzw. – seit 1978/9 – dem raschen Anstieg der Armutsrate zeigen sich das Ende dieser Wanderungsbewegung und das Aufbrechen der Wirtschaftskrise ebenso wie die politisch gewollte Veränderung der So-

zialpolitik. Der steile Anstieg der Armutsrate zwischen 1979 und 1983 war einmalig für die Nachkriegsperiode; die Gruppe der Armen ist heute um rund zehn Mill. Menschen größer als vor zwanzig Jahren. Während in der Krise 1974/75 die Zahl der Armen um 1,5 Mill. zunahm, schnellte sie in der Krise 1979/1983 um fast 9 Mill. hoch und ist seitdem trotz des „ökonomischen Wunders“ (Reagan) einer 40monatigen Konjunktur nur um 1,8 Mill. wieder zurückgegangen. Gegenwärtig lebt einer von sieben amerikanischen Bürgern unter der offiziellen Armutslinie, ohne die staatlichen Transfers wäre es jeder vierte. Einer von vier Amerikaner mußte mindestens eines von zehn Jahren mit einem Armutseinkommen auskommen. Mit dem durchschnittlichen Lebensstandard hält die Armutslinie nicht Schritt: ihr Anteil entsprach 1960 48 vH, 1980 jedoch nur noch 34 vH des mittleren Einkommens einer vierköpfigen Familie.

¹⁾ Sie könnte sich somit gerade einen kleinen Hamburger mit Cola und Fritten leisten – falls sie zur Aristokratie der Armen gehört: das durchschnittliche Bareinkommen der Armutsbevölkerung lag 1982 bei 6,477 \$. – Vgl. *Beeghley, L.*, Illusion and Reality in the Measurement of Poverty, in: *Social Problems*, Heft 3, 1984.

²⁾ *Chambers, D.E.*, The U.S. poverty line: a time for change, in: *Social Work*, 7/1982, S. 354 ff. – *Orshansky, M.*, How poverty is measured, *Monthly Labor Review*, Heft 92, 1969, S. 37-41. – *Harrington, M.*, The New American Poverty, New York 1984. – *Jencks, Ch.*, How Poor are the Poor? in: *The New York Review* v. 9. 5. 1985. – *Murray, Ch.*, Have the Poor Been „Losing Ground“? in: *Political Science Quarterly*, Heft 3, 1985, S. 427 ff. – *Harrington* schätzt die Zahl der gegenwärtig in Armut lebenden Amerikaner auf 40-50 Mill.

Tabelle 2

Merkmale	Strukturdaten					
	Anteil der Armen mit besonderen Merkmalen in vH			Anteil vH der Bevölkerung mit besonderen Merkmalen, die arm sind		
	1960	1979	1980	1960	1970	1980
Urbanisierungsgrad:						
Land	56,1	47,6	38,4	33,2	16,8	15,4
Vororte	17,0	20,5	25,2	12,2	7,1	8,2
Zentren	26,9	31,9	36,4	18,3	14,2	17,2
Region						
Süden	49,3	44,9	42,2	35,4	18,6	16,5
Norden und Westen	50,7	55,1	57,8	16,0	10,0	11,3
Rasse						
Weiß	71,0	68,8	67,3	18,1	9,9	10,2
Schwarz	25,1	29,7	29,3	55,1	33,1	32,5
Alter und Geschlecht						
Männer	20,0		21,8			
Frauen	33,0		38,7			
Kinder	47,0		39,4			
Alte	13,9	18,5	13,2	35,2	24,5	15,7
Alleinst. Alte	5,8	10,8	8,4			
Familienstand						
Familie	87,6	80,0	78,7	20,7	10,9	11,5
Männl. Vorstand	60,8	36,1	28,7	18,0	7,7	7,4
Weibl. Vorstand	26,8	43,9	50,0	49,5	38,1	36,7

Quelle: Hill, M. S., The Changing Nature of Poverty, in: *ANNALS*, Heft 479/1985, S. 36.

Das außerordentliche Wachstum einer verelendeten Schicht geht einher mit neuen Entwicklungen seit Mitte der 70er Jahre³⁾, die sich in fünf Punkten zusammenfassen lassen: 1) Feminisierung der Armut, 2) Verjüngung der Armut, 3) Verarmung der Minderheiten, 4) Verstetigung der Armut, 5) Verschlechterung der Lage der Armen.

3. Die Feminisierung der Armut

Diana Pearce prägte 1978 das Wort von der „Feminisierung der Armut“, um eine wesentliche Veränderung im ökonomischen Status der Frauen in den 70er Jahren zu erfassen. Heute gibt es in den USA weit mehr arme Frauen als Ende der 50er Jahre: 1984 waren es 13 Mill. (57 vH der Armen). Da die Zahl der armen Frauen über 65 wächst (sie machen 70 vH der Armen im Rentenalter aus) sind gegenwärtig zwei von drei Erwachsenen, die als arm gelten, Frauen (1969 waren es noch 37 vH). Dramatischer noch ist die Armut der Familien, denen eine alleinstehende Frau vorsteht. Mehr als die Hälfte dieser Familien fällt heute unter die Armutsgrenze. – 1980 hatte jede zweite arme Familie eine Frau als Alleinversorger – das waren nahezu 12 Mill. in Elend lebende Mütter und Kinder. Vor allem in der schwarzen Bevölkerung verlagerte sich in den 70er Jahren die Armut von Männer- auf Frauenhaushalte (– 34 vH/+ 62 vH), was sicher auch zusammenhängt mit der Verdreifachung der Scheidungen seit 1962, der Verlängerung der Lebenszeit der Frauen (sie leben rund 5 Jahre länger) und dem vergleichsweise rascheren Rückgang der Armut unter Haushalten mit einem männlichen Elternteil in den 70er Jahren. Für geschiedene arme Frauen gab es zunehmend nur Niedriglohnarbeitsplätze, die keine grundlegende ökonomische Besserstellung ermöglichten. Die Einkommensabstände zwischen armen Frauen und Männern haben sich vergrößert. Die „Ärmsten der Armen“ sind vor allem Frauen⁴⁾.

4. Die Verjüngung der Armut

„Die Vereinigten Staaten sind die einzige industrialisierte Nation der Welt, in der Jugendliche und Kinder den größten Teil der Armutsbevölkerung ausmachen.“ (*Michael R. Lemov*, Leiter des Food Research & Action Center – FRAC)⁵⁾. Tatsächlich war die Armutsrate unter Jugendlichen von 14,4 vH in 1969/70 auf 21,3 vH in 1984 doppelt so schnell gestiegen wie im Durchschnitt. Jeder zweite schwarze (48 vH) und jeder sechste weiße Jugendliche zählt zur Armutsbevölkerung – und die „zweite Nation“ wird immer jünger. Zwischen 1968 und 1983 vergrößerte sich das Heer der armen Jugendlichen um über 3 Mill., obwohl die Gesamtzahl der Jugendlichen um über 9 Mill. fiel; sie machten 1983 27 vH der Bevölkerung, aber 40 vH der Armen Amerikas aus. Jedes vierte Kind – und jedes zweite schwarze Kind – un-

ter sechs Jahren ist arm. Jedes zweite Kind, das Mitte der 80er Jahre in den USA geboren wird, wird vor Erreichen des 18. Lebensjahres zumindest einen gewissen Zeitraum Wohlfahrtsempfänger gewesen sein. Die Erfahrung der Armut und Verelendung wird für einen großen Teil der jetzt aufwachsenden Generation etwas ganz Normales sein. Die Forschungsgruppe *FRAC* vermerkt in einem Report, daß nunmehr eine ganze Generation von Amerikaner mit hohen Gesundheitsrisiken, psychischen und physischen Gefährdungen und Verhaltensstörungen aufwachsen werde⁶⁾.

5. Die „zweite Nation“ wird dunkler

Wer also von den Armen in den USA spricht, muß heute von den armen Frauen und verelendeten Kindern sprechen. Beide zusammen machen heute schon knapp 80 vH der amerikanischen Armutsbevölkerung aus. Auch die Minderheiten Amerikas sind unverändert weit überdurchschnittlich unter den Armen vertreten: die zweite Nation ist heute dunkler als vor zwei Jahrzehnten. Jeder dritte Arme ist heute schwarz (1960: jeder Vierte), umgekehrt ist jeder dritte Schwarze arm. Dennoch ist die weit überwiegende Mehrheit der Armen in den USA weiß (1984: 68 vH). Die weißen Armen gehören zur Spitzengruppe und großen „Mittelschicht“ der Armutsbevölkerung der USA. Sie sind weniger ghettoisiert und öffentlich gebrandmarkt als die schwarzen, braunen oder roten Armen. Über sie ist wenig bekannt. Ihre Armut ist ein – rassistisch unterlegtes – Tabu⁷⁾.

6. Verstetigung der Armut

3 von 5 Armen sind nur zeitweise arm, erreichen also nach 2-3 Jahren ein Einkommen über der Armutsgrenze. Rund 9 Mill. Amerikaner dagegen leben im Zustand permanenter Armut (d. h. mindestens 8 von 10 Jahren unterhalb der Armutsgrenze). Das rasche

³⁾ Vgl. *Hill, M.S.*, The Changing Nature of Poverty, in: ANNALS, Heft 479, 1985.

⁴⁾ Vgl. insgesamt *O.V.*, Private charity not enough as hunger, poverty deepen, in: AFL-CIO News v. 7. 12. 1985. – *Hill, M.S.*, Poverty, a.a.O., S. 31 ff. – *Pearce, D.M.*, The Feminization of Ghetto Poverty, in: Society, Heft 6, 1983, S. 70-74. – *Sarvasy, W., van Allen, J.*, Fighting the Feminization of Poverty: Socialist-Feminist Analysis and Strategy, in: Review of Radical Political Economics, Heft 4, 1984, S. 89 ff.

⁵⁾ Vgl. *O.V.*, Widening poverty gap traps 13 million children, in: AFL-CIO News v. 21. 9. 1985.

⁶⁾ *Garfinkel, I.*, Child Support Insurance in Antipoverty Policy, in: ANNALS, Heft 479/1985, S. 119-131; Social Policy and the Poor, in: Public Welfare, Heft 3, 1980, S. 7 ff.

⁷⁾ „Die Wahrscheinlichkeit, daß ein schwarzes Kind stirbt, bevor es ein Jahr alt wird, ist gegenüber einem weißen Kind mehr als doppelt so groß; mehr als doppelt so groß, daß es die Schule verlassen muß und mehr als viermal so groß, daß es im Alter zwischen eins und vier ermordet wird“, *Auletta, K.*, The Underclass, New York 1982, S. 255. – Zur schwarzen Armut vgl. *Hacker, A.*, The Lower Depths, in: The New York Review v. 12. 8. 1982. – *Glasgow, D.G.*, The Black Underclass, New York 1981. – *Moore, J.W.*, Minorities in the American Class System, in: Daedalus, Heft 2, 1981, S. 275 ff.

Wachstum der Arbeitslosigkeit seit Ende der 70er Jahre (das einherging mit einem starken Anstieg von Niedrig- und Mindestlohnarbeitsplätzen, die kein Einkommen über der formellen Armutsgrenze gewährleisten), die Zunahme der illegalen Immigration und demografische Veränderungen (Wachstum der von Frauen geführten Haushalte) sind einige Faktoren, die zur Bildung einer solchen Gruppe langfristig Verelendeter („underclass“) führten⁸⁾.

7. Verschlechterung der Lage der Armen

Die Zunahme von Analphabetentum, Obdachlosigkeit und Hunger großenteils unter den am meisten verelendeten Gruppen der US-Gesellschaft wird immer offenkundiger. Der Analphabetismus ist nicht auf die Armen beschränkt. Nach neuesten Untersuchungen sind weit mehr als 26 Mill. Amerikaner – die Dunkelziffer ist sehr hoch – Analphabeten. Nach Angaben des Bildungsministeriums wächst diese Gruppe jährlich um 2,3 Mill. Menschen⁹⁾.

Schätzungen zur Zahl der Obdachlosen liegen für 1984 bei 2-3 Mill. – bei rasch wachsender Tendenz. Fünf der zehn größten Städte – Houston, Dallas, San Diego, Phoenix und Baltimore haben keinerlei öffentliche Unterkunft; Detroit hat 60 Betten, Chicago 100 und Los Angeles 2 000; nationweit gab es 1983/4 110 000 Betten für Obdachlose. Ein 1983 erstmals auf Bundesebene eingerichtetes Unterstützungsprogramm mit insgesamt 210 Mill. \$ wurde nicht weitergeführt¹⁰⁾.

Eine Arbeitsgruppe der Harvard Universität über „Hunger in Amerika“ resümierte jüngst, daß „Hunger in der ganzen Nation ein Problem von epidemischen Ausmaßen“ geworden sei. „Während man die genaue Zahl der hungrigen Amerikaner nicht weiß, läßt sich aus den vorhandenen Daten schließen, daß bis zu 20 Mill. Bürger zumindest eine Zeit lang jeden Monat an Hunger leiden.“¹¹⁾

8. Arbeit, Arbeitslosigkeit und Armut

Nimmt man die Bevölkerung der Städte New York City, Chicago und Los Angeles – etwa 13 Mill. Menschen – und fügt die Bevölkerung von Atlanta, New Orleans, Pittsburgh und Boston hinzu – dann, so schreibt eine Studie des amerikanischen Dachverbandes der Gewerkschaften AFL/CIO, bewegen wir uns in der Größenordnung von „Amerikas großem, vergessenen, ignorierten ökonomischen Problem“¹²⁾ – der Massenarbeitslosigkeit unter den 130 Mill. Arbeitnehmern der USA. Verdoppelt man die dann erreichte Zahl von 15 Mill. Menschen, dann haben wir immer noch nicht den Umfang des zweiten großen Problems erreicht – der Massenarmut unter der amerikanischen Bevölkerung. 1984 standen 9,1 Mill. Arbeitnehmer ganzjährig (2,1 Mill.) oder zeitweise in Arbeit, ohne daß ihr Einkom-

men die Armutsgrenze überschritten hätte – jeder zweite erwachsene Arme gehört zu den „working poor“. Ein Großteil von ihnen arbeitet für den gesetzlich fixierten Mindestlohn (3,35 \$), der etwa 40 vH des Durchschnittslohns eines Produktionsarbeiters beträgt¹³⁾.

Arbeitslos waren Anfang 1986 knapp 15 Mill. US-Bürger, und jeder fünfte Erwerbstätige (darunter jeder dritte Schwarze) war im letzten Jahr mindestens eine Woche von Arbeitslosigkeit betroffen. Zwar sind 3 von 4 Arbeitslosen weiß, doch die Arbeitslosenrate unter den Schwarzen ist rund doppelt und jene unter schwarzen Jugendlichen mehr als dreimal so hoch wie unter den weißen Arbeitnehmern. Jeder sechste Arbeitnehmer war über ein halbes Jahr arbeitslos. Von den rund 11,5 Mill. Arbeitern, die seit 1979 durch Fabrikschließungen ihre Arbeit verloren hatten, sind heute noch über 25 vH ohne Arbeit. Insgesamt bedeutet Arbeitslosigkeit in den USA noch einen weit tieferen Einschnitt in die Einkommenssituation als in der Bundesrepublik. Über 20 vH der Arbeitnehmer sind von vorneherein ohne Arbeitslosenversicherung. Das wöchentliche Arbeitslosengeld in Höhe von 122 \$ (1985) erreicht in der Regel nicht einmal ein Drittel des durchschnittlichen Wochenarbeitslohns und liegt beträchtlich unter dem Durchschnittseinkommen der Armutbevölkerung. Dramatisch ist der Rückgang des Anteils der Arbeitslosen, die überhaupt Leistungen bekommen. Im Oktober 1985 erhielten nur 25,8 vH der Arbeitslosen Arbeitslosengeld – der niedrigste Anteil, seitdem vor 50 Jahren die Arbeitslosenversicherung geschaffen wurde (Tabelle 3). Langzeitarbeitslose (über 27 Wochen) erhalten kein Arbeitslosengeld, die Bezugszeit wurde unter Reagan von 39 auf 26 Wochen verkürzt, ein anschließendes Arbeitslosengeld ist unbekannt. Die Steuerbefreiungs-

⁸⁾ *Duncan, G.J. u. a.*, Years of Poverty, Years of Plenty: The Changing Economic Fortunes of American Workers and Families, Ann Arbor 1984, S. 75 ff. – *Murray, Ch.*, „Losing Ground“? S. 427 ff. – *Loewenstein, G.*, The New Underclass: A Contemporary Sociological Dilemma, in: The Sociological Quarterly, Heft 1, 1985, S. 35 ff.

⁹⁾ *O.V.*, Growing illiteracy festers as a national disgrace, in: AFL-CIO News v. 17. 8. 1985. – Vgl. Frankfurter Rundschau. 10. 5. 1986.

¹⁰⁾ Vgl. *Fogel, R.L.*, Homelessness: A Complex Problem and the Federal Response, in: The American Journal of Economics and Sociology, Heft 4, 1985, S. 385-389. – *Langdon II., J.K., Kass, M.A.*, Homelessness in America: Looking for the Right to Shelter, in: Columbia Journal of Law and Social Problems, Heft 3, 1985, S. 305-361. – Newsweek v. 2. 1. 1984

¹¹⁾ *O.V.*, America's spirit mocked by epidemic of hunger, in: AFL-CIO News v. 19. 10. 1985.

¹²⁾ *Roberts, M.*, Workers without Jobs, in: The AFL-CIO American Federationist v. 25. 5. 1985.

¹³⁾ Vgl. insgesamt *O.V.*, 8 million 'still trapped' despite dip in jobless rate, in: AFL-CIO News v. 11. 1. 1986. – *Pear, R.*, The Millions Who Are Left Out, in: International Herald Tribune v. 17. 3. 1986. – *O.V.*, Jobless rate still at recession level, in: AFL-CIO News v. 14. 9. 1985. – *O.V.*, Private charity not enough as hunger, poverty deepen, in: AFL-CIO News v. 7. 12. 1985. – *O.V.*, 3 of 4 unemployed workers deprived of jobless benefits, in: AFL-CIO News v. 16. 11. 1985. – *Flaim, P.O., Sehgal, E.*, Displaced workers of 1979-83: how well have they fared? in: Monthly Labor Review, Heft 6, 1985, S. 3-16. – *Henkel, H.A.*, US-Präsident Reagan und die Armen: Vom „amerikanischen Traum“ zum Pappkarton..., in: Soziale Sicherheit, Heft 12, 1982, S. 365 ff.

Tabelle 3

Arbeitslosigkeit

Jahr	Anteil (vH) der Empfänger unter den Arbeitslosen	Anzahl der Nicht-Empfänger Monatl. Durchs. (in 1 000)	Arbeitslosenrate (vH)
1975	76	1 904	8,5
1976	67	2 444	7,7
1977	56	3 076	7,1
1978	43	3 535	6,1
1979	42	3 559	5,8
1980	50	3 819	7,1
1981	41	4 881	7,6
1982	45	5 873	9,7
1983	44	6 002	9,8
1984	34	5 636	7,5
1985	33	5 602	7,2

Quelle: AFL-CIO-News v. 18.1.1986 und 16.11.1985.

grenze für Arbeitslose wurde nahezu halbiert und liegt nur noch etwas über der Armutsgrenze. Die Mehrheit der länger Arbeitslosen geht unmittelbar in die Armutbevölkerung der USA über: Sie sind ein steter Quell und Zustrom der Armen in den USA¹⁴).

9. Sozialpolitik in den USA

Seit den dreißiger Jahren gibt es in den Vereinigten Staaten eine Sozial- und Armutspolitik, die traditionell in zwei Programmbereiche unterteilt ist:

(1) Die Sozialversicherungsprogramme orientieren sich an Art und Umfang früherer Arbeit. Die Leistungen an die Berechtigten werden nach vorgängigen Einzahlungen bemessen („contributory programs“). Sie gehen auf den „Social Security Act“ (1935) zurück, der unter dem Druck der Großen Depression und einer zunehmend politisierten Arbeiterbewegung erstmals für alle Bundesstaaten verbindliche und gleiche Sozialgesetze festschrieb. Im Mittelpunkt stand damals die Renten-, Arbeitslosen- und Invaliditätsversicherung, die allmählich zum Sozialversicherungs-System („Social Security System“) ausgebaut wurde. Die „Social Security“ ist das Kernstück des amerikanischen Sozialstaates und umfaßt mittlerweile auch eine Alterskranken- und Hinterbliebenenversicherung. Diese Programme zielen in erster Linie auf die soziale und politische Integration der Arbeiter und der Mittelschichten.

Die 70er Jahre brachten eine sozialpolitische Kostenexplosion, die in erster Linie auf Soziale Sicherung (einschließlich der Alterskrankenversicherung *Medicare*) zurückgeht. Zwischen 1965 und 1974 stieg die Anzahl der Leistungsempfänger um mehr als 40 vH; die durchschnittliche Rentenauszahlung lag 1973 um 20 vH (in konstanten Preisen gerechnet) höher als 1969. 1974 trat ein nochmaliger Anstieg um 20 vH in Kraft; seither werden alle Zahlungen der Sozialversicherung dem Preisindex der Konsumgüter angepaßt¹⁵). Augenblicklich beanspruchen die Sozialversicherungsprogramme 300

Mrd. \$ jährlich und damit mehr als 50 vH der zivilen Haushaltsmittel im Bundesbudget. „Die Hauptnutznießer des Wohlfahrtsstaates sind nicht die Armen bzw. ungebildeten Menschen, sondern die Bessergestellten und Gebildeteren“¹⁶). Der Anteil der besser verdienenden Arbeitnehmer und des Mittelstandes an den Programmen wird bisweilen auf 85 beziffert.

(2) Ebenfalls seit den 30er Jahren gibt es Wohlfahrtsprogramme. Diese „welfare“ fragt ausschließlich nach Bedürftigkeit und Einkommen („means-tested-programs“). Die staatliche Unterstützung ist also nicht an frühere Arbeitsleistungen, Beitragsaufkommen oder Alter gekoppelt, sondern zielt auf die Armen, die zu einem großen Teil aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Diese Programme konnten sich im Vergleich zur Sozialversicherung nur mit großer Verzögerung durchsetzen und wurden großenteils erst in den 60er Jahren unter dem Eindruck der Bürgerrechtsbewegung und der Ghetto-Unruhen verabschiedet. Das Kernstück der Welfare ist die „Aid to Families with Dependent Children“ (*AFDC*), die notleidende Familien mit Kindern unterstützt. Darüber hinaus gibt es seit den 60er und frühen 70er Jahren Krankenbeihilfen für Arme (*Medicaid*), Lebensmittelscheine, eine Alten-, Blinden- und Schwerbeschädigtenhilfe (*Supplemental Security Income*), Nahrungsmittelhilfen für Mütter, Schüler und Kleinkinder, Wohngeld, Arbeits- und Ausbildungsprogramme und schließlich die „einfache Fürsorge“ („*general assistance*“). Im Unterschied zur Sozialversicherung weichen die Welfare-Leistungen in den einzelnen Bundesstaaten der USA erheblich voneinander ab; bei *AFDC* sind jährliche Differenzen bis zu 4 000 \$ an der Tagesordnung.

Zwischen 1965 und 1974 wurde der Zugang zu diesen Programmen liberalisiert, die Leistungen wurden verbessert und neue Zielgruppen einbezogen. Die Zahl der *AFDC*-Empfänger stieg von 4,3 Mill. (1965) auf knapp 11 Mill. (1972)¹⁷). Freilich konnte der ursprüngliche Anspruch, die Ursachen der Armut zu bekämpfen („war on poverty“) und strukturelle Reformen einzuleiten, nicht eingelöst werden. Gerade die Investitionen in die Bildungs-, Ausbildungs- und Umschulungsprogramme blieben gering, zudem fehlte es an Schwerpunktsetzungen und konzeptioneller Klarheit. Zeitweise wurden die Ausgaben auf 500 konkurrierende Einzelprogramme verteilt. 1980 wurde lediglich ein Fünftel aller Sozialausgaben des Bundes für einkommensschwache Grup-

¹⁴ O.V., Jobless lose benefits as employers get tax breaks, in: AFL-CIO News v. 18. 1. 1986.

¹⁵ Weaver, R.K., Controlling Entitlements, in: Chubb, J.E., Peterson, P.E., (Hrsg.), The New Direction in American Politics, Washington 1985, S. 312.

¹⁶ Williams, W.E., Work, Health and Welfare, in: Society, Heft 1, 1986, S. 23.

¹⁷ Weaver, R.K., Entitlements, a.a.O., S. 314.

Entwicklung der Steuersenkungen

Jahr	Reale Steuereinnahmen (in Mrd. \$)	Unterlassene Steuereinnahmen (in Mrd. \$)	Verhältnis in vH
1978	414,3	123,8	29,9
1980	529,9	181,5	34,3
1981	610,3	228,6	37,5
1982	627,8	266,3	42,4
1983	630,7	306,4	48,6

Quelle: Petersen, W. C., The U.S. „Welfare State . . .“, Journal of Economic Issues, Heft 3, 1985, S. 617.

pen verwendet, und nur ein Zehntel waren ausgesprochene Welfare-Mittel für die Armen¹⁸⁾. So blieben die Programme für die Armen auch in der sozialpolitischen Expansionsphase der 60er und 70er Jahre „arme“ Programme. Die Armenhilfe hat keinen Einfluß auf die Einkommensverteilung – sie stellt lediglich Mittel zur Verfügung, die zum nackten Überleben notwendig sind. Die Bezieher von Welfare sind ausgegrenzt und gebrandmarkt¹⁹⁾.

10. Der Ansatzpunkt Reagan'scher Sozialpolitik

Die Repräsentanten der Reagan'schen Sozialpolitik beklagen seit Jahren den vorgeblich parasitären Charakter und die soziale Unverträglichkeit der Wohlfahrts- und Armutspolitik des Staates²⁰⁾. Die Opposition richtet sich nicht gegen die Sozialversicherungsprogramme aus den 30er Jahren, sondern in erster Linie gegen die Öffentliche Unterstützung („public assistance“) und Welfare-Projekte der 60er Jahre, deren Legitimität und gesellschaftspolitische Begründung sie angreifen. Sie seien die Ursache der Verschlechterungen der Lage der Armen und hätten die individuelle Lebens- und Arbeitshaltung und damit auch ihr gesellschaftliches Wertesystem verändert; anstelle von Arbeitsethos, Aufstiegsorientierung und entbehrender Opferbereitschaft sei eine Anspruchsmentalität getreten, die langfristig den Zusammenhalt der amerikanischen Gesellschaft untergrabe.

In dieser Kritik der „welfare culture“ sind die programmatischen Forderungen einer neuen sozialpolitischen Zukunft bereits angelegt:

- Staatliche Hilfen sind so weit wie möglich durch private Unterstützung zu ersetzen. Allein die „wirklich Armen“ („deserving poor“) – etwa Rentner oder Behinderte – seien anspruchsberechtigt. Hilfe wird nicht länger als „Recht“ wie seit den frühen 60er Jahren begriffen, sondern als Ausnahme von der Regel²¹⁾.
- Die arbeitenden Armen („working poor“) werden sich nur dann auf dem Arbeitsmarkt „bewähren“ und langfristig zu sozialem Aufstieg fähig sein, wenn ihnen der Weg zur Sozialhilfe versperrt ist.
- Sozialhilfeempfänger müssen die Werte und Normen der „Arbeitsgesellschaft“ teilen und als „Gegenleistung“ für die ihnen gewährte Unterstützung Arbeitsdienste erbringen, die der Allgemeinheit zu gute kommen.
- Programme wie „community action programs“, die großstädtische Minderheiten durch politische Teilhabe zur Selbsthilfe und eigenverantwortlicher Lebensplanung anregen wollten, seien Mißbrauch und müßten gestrichen werden.

11: Staatliche Umverteilungspolitik unter Reagan

Staatliche Sozialpolitik bedeutet stets eine Umverteilung vorhandener Mittel durch Güter- und Dienstleistungen, die aus Steuermitteln finanziert werden und an verschiedene Gruppen und Personen zurückfließen (Transfers) oder durch Art und Umfang der Steuererhe-

bung selbst. In den USA wird ein immer größerer Anteil des Nationaleinkommens in Form von Transfers umverteilt (20,8 vH im Jahr 1983 gegenüber 9,5 vH im Jahr 1960); sie machen einen immer größeren Teil am persönlichen Einkommen aus (1929 1,8 vH, 1939 4,1 vH und 1983 14,8 vH²²⁾). Unter Carter, vor allem aber Reagan wird die Einkommensstruktur der öffentlichen Hand überdies durch eine veränderte Steuerpolitik unmittelbar beeinflußt; Steuererleichterungen fallen immer stärker ins Gewicht; sie wirken – als unterlassene Einnahmen – wie Ausgaben²³⁾.

1983 entsprachen die Einkommensverluste infolge gezielter Steuersenkungen fast der Hälfte der tatsächlich eingenommenen Steuern. Transferleistungen und unterlassene Steuereinnahmen ergeben zusammengenommen für 1983 rund 857,4 Mrd. \$. Damit wird knapp ein Drittel des Nationaleinkommens dieses Jahres umverteilt. Wem kommen diese Mittel zugute?

Auf die Gruppe der Armen (Jahreseinkommen unter 10 000 \$ – 16,6 vH aller Familien) entfallen 20-25 vH der personenbezogenen Transferleistungen. Dabei ist der Anteil der klassischen Welfare-Ausgaben deutlich rückläufig; augenblicklich hat er sich bei 16-17 vH eingependelt. Werden die sozialversicherungsberechtigten „working poor“ mit einem Jahreseinkommen von 10-20 000 \$ (24,6 vH der Familien) einbezogen, dann erhöht sich der Transferanteil für die Armen (41,2 vH aller Familien) auf rund 52 vH. Rund 48 vH aller Transferzahlungen werden über die Sozialversicherung an den Mittelstand oder als Zinszahlungen über private Gläubiger an die obersten Einkommensgruppen verteilt. Im Gegensatz zu den Welfare-Transfers nehmen

¹⁸⁾ Henkel, H.A., Pappkarton..., a.a.O., S. 365 ff. – Jencks, Ch., Poor, a.a.O., S. 34.

¹⁹⁾ Beeghley, L., Illusion, a.a.O., S. 328.

²⁰⁾ Anderson, M., Welfare, Banfield, E.C., The Unheavenly City, Boston 1970. – Williams, W., The State Against Blacks, New York 1982.

²¹⁾ Peterson, W.C., The U.S. „Welfare State“ and the Conservative Counterrevolution, in: Journal of Economic Issues, Heft 3, 1985, S. 605 und S. 616.

²²⁾ Ebenda, S. 617.

²³⁾ Ebenda, S. 613-616 und S. 629 f.

die staatlichen Dienst- und Güterleistungen für die höheren Einkommensgruppen stark zu: die Transfers in Form von Sozialversicherungsleistungen stiegen zwischen 1980 und 1983 um 17,2 vH, die staatlichen Schuldzinsen sogar um 44,4 vH²⁴). Noch markanter allerdings ist die staatliche Benachteiligung der Armen bei der Steuerpolitik. Im Jahre 1983 entfielen auf die unteren Einkommensgruppen (16,9 vH) 14,7 vH der Steuererleichterungen, auf den Mittelstand (32,7 vH) entfielen dagegen 45,5 vH, und auf die obersten 4,4 vH kamen 39,8 vH der Steuererleichterungen²⁵). Zugleich wurde der Spitzensteuersatz für Einkommen aus Eigentum von 70 vH auf 50 vH gesenkt; die unternehmensbezogene Einkommensteuer stellte 1983 nur noch 9,3 vH der Bundeseinnahmen gegenüber 12,9 vH im Jahr 1980.

Insgesamt führten diese staatlichen Strukturmaßnahmen unter der Regierung Reagan dazu, daß die Gruppe der Armen weiter wächst und die Eigentumsverteilung zusehends ungleicher wird. Die verschärfte soziale Polarisierung zeigt sich in der Veränderung der Anteile der Familienhaushalte am real verfügbaren Einkommen: der Anteil der untersten Einkommensgruppe am nationalen Einkommen (nach Steuern) verringerte sich innerhalb von vier Jahren von 6,8 vH auf 6,1 vH – dahinter verbirgt sich ein Einkommensverlust von etwa 3 Mrd. \$. Die zweitunterste Gruppe fiel von 13,2 vH auf 12,5 vH und die dritte Gruppe von 18,5 vH auf 18,1 vH; die vierte Gruppe stagnierte bei 24,5 vH. Allein das reiche Fünftel verzeichnete einen Zuwachs von 37,0 vH auf 38,9 vH. Einem Bericht des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses zufolge wurden zwischen 1980 und 1983 fast 25 Mrd. \$ zugunsten des obersten Einkommensfünftels umverteilt²⁷). Gegenwärtig sind die Einkommensunterschiede in den USA größer als jemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte.

12. Die Sparpolitik seit 1981

Seit 1981 verstärkt sich die Tendenz, den amerikanischen „Wohlfahrtsstaat“ mehr und mehr auf die Bedürfnisse der Mittelklassen zuzuschneiden²⁸). Die Einschnitte in das Sozialversicherungssystem blieben vergleichsweise bescheiden, soweit sie sich gegen eine politisch artikulatio[n]sfähige und gut organisierte Klientel richteten. Sie waren immer dann drastisch, wenn die Zielgruppe sozial ausgegrenzt bzw. geographisch isoliert war (invalide Rentner, an Staublunge erkrankte Bergleute). Die über vier Jahre hinweg etappenweise vollzogenen Einsparungen im System der Sozialversicherung führten im Haushaltsjahr 1985 zu einer 4,5 vH-igen Leistungsminderung bei der Renten-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversicherung (bisher verloren rund 340 000 Rentner ihren Anspruch auf Invalidenrente) und zu einer 6-9 vH-igen Kürzung bei den verschiedenen Krankenversicherungsprogrammen (*Medicare*).

Bei *Medicare* sind in erster Linie die Leistungsträger und nicht die Versicherten betroffen²⁹). Darüber hinaus wurden die Pensionszuschüsse für Angehörige der untersten Einkommensgruppen reduziert, Unterstützungsprogramme für Studenten nicht verlängert, die Inflationsanpassung nicht verlängert und das Pensionsalter ab dem Jahr 2020 auf 66 Jahre und ab 2027 auf 67 Jahre erhöht. Auf diese Weise wurde die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Sozialversicherung – die sich ohnehin in keinem einzigen Punkt mit europäischen Programmen messen kann³⁰) – zwar weiterhin vermindert. Die Kürzungen blieben jedoch weit unter den Einschnitten im Welfare-Programm und konnten zum Teil durch die Steuerpolitik wieder aufgefangen werden³¹).

Hart dagegen wurden die Wohlfahrtsempfänger getroffen, also die „working poor“ und die arbeitslosen Armen. Nahezu alle Haushaltstitel dieser Gruppe wurden drastisch reduziert, einige sogar gänzlich abgeschafft: öffentliche Beschäftigungsprogramme, die berufsbildende Förderung (*CETA*), Wohngeld für Bedürftige, selbstverwaltete Projekte, kompensatorische Erziehung für behinderte Studenten, Ernährungsprogramme für Kinder³²). Strukturverändernde Einschnitte wurden in den zentralen Welfare-Programmen für einkommensschwache Familien mit Kindern (*AFDC*), Lebensmittelscheine (*Foodstamps*) und Krankheitsbeihilfe (*Medicaid*) vorgenommen. Die Kürzungen der Jahre 1981-1984 schlugen sich im Haushalt 1985 wie folgt nieder³³):

AFDC	– 10,5 vH
Ernährungsprogramme für Kinder	– 28 vH
Foodstamps	– 13,8 vH
Medicaid	– 2,8 vH

Bei den *AFDC*-Leistungen ist zu berücksichtigen, daß diese Zuschüsse nicht automatisch an den Preisindex für Konsumgüter angekoppelt sind, seit 1974 keine volle Anpassung an die Inflationsrate vorgenommen wurde und die Zahlungen daher seit über zehn Jahren real rückläufig sind (1970-1980 um mehr als 20 vH³⁴). Seit 1981 wurden

²⁴) Ebenda, S. 624 ff.

²⁵) Ebenda, S. 630 und S. 635.

²⁶) Vgl. *O.V.*, Selective Statistics Hide Drop in Household Income, in: *ALFCIO News* v. 10. 8. 1985.

²⁷) *Lehmann, N.*, The Culture of Poverty, in: *The Atlantic*, Heft 9, 1984, S. 26 ff.

²⁸) *Weaver, R.K.*, Entitlements, a.a.O., S. 313, S. 320 und S. 325.

²⁹) *Greiner, B.*, Zweihundertjahrfeier und soziale Realität der USA – ein notwendiger Nachtrag, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 8, 1976, S. 877 ff.

³⁰) *Root, S.L.*, Employee Benefits and Social Welfare: Complement and Conflict, in: *ANNALS*, Heft 479, 1985, S. 102 ff.

³¹) Ausgenommen wurden lediglich die Supplemental Security Insurance für Rentner, Blinde und Schwerbeschädigte sowie das Supplemental Food Program für Frauen, Kinder und Kleinkinder (*WIC*).

³²) *Weaver, R.K.*, Entitlements, a.a.O., S. 325.

³³) *Jencks, Ch.*, Poor, a.a.O., S. 43 f.

³⁴) Ebenda, sowie *Hacker, A.*, „Welfare“, a.a.O., S. 37 ff.

nicht nur die Zahlungen weiter reduziert, sondern auch die Berechnungsgrundlagen verändert, wodurch nun das Einkommen des Schwiegervaters als Haushaltseinkommen gilt und Mietbeihilfen und Lebensmittelscheine angerechnet wurden. Die Kontrollen wurden verschärft. Diese Maßnahmen treffen 11 Millionen US-Bürger, rund 5 vH der Bevölkerung und 11 vH der Kinder der USA; ein Drittel aller schwarzen Familien ist auf AFDC angewiesen³⁵). Die Reagan'sche Politik ermöglichte es bislang 16 Bundesstaaten, AFDC-Empfänger, deren Kinder mindestens drei Jahre alt sind, zu öffentlichen Arbeiten zwangszuverpflichten („Community Work Experience Program“). Hier konnten sich der ideologische („Arbeitsethik“) und der ordnungspolitische („Rückzug des Staates“) Anspruch der Reagan'schen Sozialpolitik am deutlichsten durchsetzen.

Die Berechtigung zum Bezug von Lebensmittelscheinen wurde 1981 und 1982 ebenfalls eingeschränkt und Einsparungen von mehr als zwei Mrd. \$ verfügt. Die meisten Arbeitslosen verloren ihren Anspruch; arbeitsfähige Bedürftige können fortan erst mit 65 Jahren *Foodstamps* beziehen³⁶).

Vergleichbar sind auch die Kürzungen im *Medicaid*-Programm, das seit 1965 die Krankenrechnungen der Armen bezuschußt. Mittlerweile werden die Programme in allen Bundesstaaten derart eng gehandhabt, daß z. B. Arbeitslose sämtliche persönliche Belange veräußern müssen, um für das Programm die Berechtigung zu erlangen. Der Anteil der Armen mit minimalster Krankenversorgung ist daher beständig rückläufig. Seit 1981 erhalten ca. 700 000 Kinder aus armen Familien wegen der Kürzungen keine Beihilfen mehr³⁷).

Für alle Kürzungen der Welfare-Ausgaben ist charakteristisch, daß die Berechtigten mit relativ höherem Einkommen – d. h. die arbeitenden Armen – wesentlich höhere Einbußen und weitreichendere Beschränkungen ihrer Anspruchsrechte hinzunehmen hatten. Auch hier äußern sich die ordnungspolitische und auf soziale Disziplinierung abzielenden Absichten der Bundespolitik: Die Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe soll auf keinen Fall steigen, und die Armen sollen mehr denn je gezwungen bleiben, auch niedrigst bezahlte Arbeit jedweder Art durchzuführen.

Für Notfälle stünden dann immer noch private Wohltätigkeitsorganisationen zur Verfügung. Deren Mittel können und sollen jedoch keinen Ersatz für die ausgefallenen staatlichen Gelder bieten: es geht lediglich um die Linderung akutester Not, also um die Fortschreibung der Armut.

13. Ausblick

Es ist insgesamt äußerst zweifelhaft, ob mittelfristig inhaltliche Korrekturen am Reagan-Modell durchsetzungsfähig sein werden, zumal 1981 auch Gesetzgebungsverfahren verabschiedet wurden, die eine Gegenwehr juristisch erschweren und politisch behindern, somit die Vorherrschaft einer Politik unterstreichen, die Armut als individuell verschuldetes und zu lösendes Problem brandmarkt. Gerade in den USA hat diese Politik eine lange und tiefverwurzelte Tradition. Zugleich ist es aber auch unwahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit weitere einschneidende Kürzungen gesellschaftlich akzeptiert werden. Der jetzige Zustand wird wahrscheinlich die Sozial- und Armutspolitik bis weit hinein in die 90er Jahre prägen: es wird mehr Armut geben, einer vollständigen Verelendung kann mit den verbliebenen Programmmitteln gegengesteuert werden, die Betroffenen verfügen über weniger Mittel, ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

³⁵) Bernstein, B., Some Things Are Wrong with the System, in: Society, Heft 1, 1986, S. 11. – Vgl. auch Beeghly, L., Illusion, a.a.O.

³⁶) Neumüller, P., Die Arbeitslosen und Armen in den USA, in: Die neue Gesellschaft, Heft 2, 1983, S. 172 ff.

³⁷) Bleckmann, S., Amerikanische Sozialpolitik im Spannungsfeld zwischen privater Initiative, kommunaler Eigenständigkeit und staatlicher Regulierung, Dipl. FHS München 1982, S. 9. – Vgl. die Beiträge in den Englisch-Amerikanischen Studien (EAST), Heft 3, Heft 4/1985.

Die Bedeutung sozialer Bewegungen für die Umstrukturierung der Beziehungen zwischen Staat und gesellschaftlichen Interessen

Von Margit Mayer*)

Gliederung

1. Staat und Bewegungen
2. Städtische Bewegungen in den USA
 - 2.1 Die defensiven Arbeiter
 - 2.2 Stadtteilinitiativen von Randgruppen und Minderheiten
 - 2.3 Die neuen Mittelklassen
 - 2.4 Kulturelle und ethnische Autonomie
3. Verschiebungen im Verhältnis zwischen Bewegungen und Staat
 - 3.1 Strategien unter demokratischen Administrationen
 - 3.2 Strategien unter der Reagan-Administration
 - 3.3 Die staatlich-private Partnerschaft

1. Staat und Bewegungen

Beim Umbau des Sozialstaates spielen inzwischen auch in der Bundesrepublik die Vorstellungen der Alternativen, Grünen und sonstigen sozialen Bewegungen eine einflußreiche Rolle: sämtliche politische Parteien entdeckten verschiedene innovatorische Potentiale von Alternativ- und vor allem Selbsthilfe-Bewegungen, die der Krise des Wohlfahrtsstaates abhelfen könnten¹). Zu-

*) Dr. phil, Politologin, z. Z. Gastprofessorin an der Universität Kalifornien, Santa Cruz.

¹) Vgl. z. B. Landesregierung von Baden-Württemberg, (Hrsg.), Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen, Stuttgart 1983, S. 29, 137. – Fink, U., Keine Angst vor Alternativen, Freiburg 1983. – Wein-